

## KAB in Niedersachsen

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Niedersachsen setzt sich zusammen aus dem Diözesanverband Hildesheim, dem Landesverband Oldenburg und dem Diözesanverband Osnabrück.

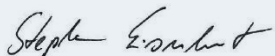
### Liebe Leser\*innen,

die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Niedersachsen bietet Ihnen künftig mit den Monatsimpulsen Denkanstöße rund um das Thema soziale Gerechtigkeit. Darunter summieren sich Teilaspekte wie menschenwürdige Arbeit, eine solide Absicherung im Alter oder auch der Schutz des Sonntags.

Die Gesellschaft verändert sich und wir müssen Antworten auf diese Prozesse finden. Wir stellen uns daher Fragen über die Zukunft der Arbeit, deren sozialverträgliche Organisation sowie zur Neubewertung verschiedener Formen der Arbeit, wie gemeinwohlorientierte, private oder klassische Erwerbsarbeit. Eine Antwort auf diese Fragen finden Sie beispielsweise in unserem Modell der Tätigkeitsgesellschaft. Auch das mit anderen katholischen Verbänden entwickelte Rentenmodell gibt Änderungsvorschläge zu Missständen in unserer Gesellschaft.

Wir laden Sie an dieser Stelle dazu ein, unsere Impulse zu diskutieren, mit uns ins Gespräch zu kommen und unsere Ideen und Konzepte in Ihre persönlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen mitzunehmen.

Gott segne die christliche Arbeit!



Stephan Eisenbart; Landessekretär  
KAB Landesverband Oldenburg

## Monatsimpuls 10 | 2020

### Zurück zur Stammebelegschaft

Endlich sollte sich etwas bewegen in der Sache. Traurig, dass es erst durch Corona angestoßen wurde, aber immerhin: Die Bundesregierung hat eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in der Fleischindustrie auf den parlamentarischen Weg gebracht. Und nun die Rolle rückwärts in der CDU/CSU. Prälat Peter Kossen, der sich seit vielen Jahren gegen diese Missstände engagiert und dafür kürzlich erst mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet wurde, kommentiert dies in folgender Pressemitteilung:

„Die für Ende Oktober im Bundestag geplante Abstimmung über das Arbeitsschutzkontrollgesetz von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wurde kurzfristig auf Verlangen der CDU/CSU von der Tagesordnung genommen. Man will die Leiharbeit weiter ermöglichen.

Leiharbeit wird damit zum willkommenen Schlupfloch: Schon bisher wurde die massenhafte Verdrängung von Stammebelegschaft durch Werkvertrags- und Leiharbeit mit dem fadenscheinigen Vorwand von Belastungsspitzen und Saisongeschäft begründet. In Wirklichkeit geht es um primitives Lohn- und Sozialdumping. Unternehmer-Verantwortung wird weggeschoben. Vielfach wird völlig skrupellos ein Sumpf dubioser Leiharbeitsfirmen genutzt, um einfachste Standards von Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechten auszuhebeln. CDU und CSU machen sich hier zum Komplizen moderner Sklaverei, statt diesen Sumpf trockenzulegen.

Arbeitsmigrant\*innen aus Ost- und Südosteuropa schuften in der Fleischindustrie und weiteren Branchen als Menschen zweiter Klasse. Zehntausende moderne Sklaven sind nicht auf dem Radar von Rechtsstaat und Gesetz: ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Die Corona-Pandemie hat zu Tage gebracht, wie Frauen und Männer mit schwerster Arbeit verschlissen und darüber hinaus mit Wuchermieten für Bruchbuden abgezockt werden. Risikogruppe sind sie durch ihre vielfach unerträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Großschlachthöfe und Massenunterkünfte sind zu Hotspots geworden. Daran sollte das Gesetz etwas ändern und Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen.

In erbärmlicher und empörender Weise versuchen nun CDU und CSU, das überfällige Gesetz zu verzögern und zu verwässern. So ist es in den vergangenen Jahren immer wieder gewesen, deshalb hat sich bis heute nichts zum Guten verändert. Die Regelung raube den Betrieben die notwendige „Beinfreiheit“, heißt es von der Union. Das Bild ist gut gewählt! Die „Beinfreiheit“ nutzt die Fleischindustrie dazu, Menschenwürde und Gerechtigkeit mit Füßen zu treten.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass die mafiös durchseuchte Fleischindustrie jedes Schlupfloch brutal zur Ausbeutung und Abzocke ausnutzt. Mit der Mafia jedoch kann man keine Kompromisse machen! Keine Zugeständnisse auf Kosten von Würde und Gerechtigkeit! Die CDU/CSU sollte Partei ergreifen für die Opfer, nicht für die Täter!

Nur ein radikaler Schnitt ohne weitere Verzögerung kann eine wirkliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der hart arbeitenden Menschen in der Fleischindustrie herbeiführen. **Zurück zur Stammebelegschaft! Jetzt!**“

**Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen!**